

# Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014

## Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses am 07.11.2013

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 16. WAHLPERIODE <b>STELLUNGNAHME</b> <b>16/1169</b> Alle Abg.
--

Hier: Stellungnahme der LAG Lesben in NRW e.V. vom 31. Oktober 2013

Vielen Dank, dass die Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW e.V. mit ihren 49 Mitgliedsgruppen als Vertretung der lesbischen Selbsthilfe eine Stellungnahme zum Haushaltsgesetz 2014 abgeben darf. Wir wollen mit einer grundsätzlichen Kritik an der grundgesetzlich verankerten sogenannten Schuldenbremse antworten und gehen dann auf die Fragen 1., 4., 9., 10., 15. und 16. ein:

Schon bei dem Beschluss der als Schuldenbremse bezeichneten verfassungsrechtlichen Regelung durch die Föderalismuskommission Anfang 2009 und der Zustimmung durch den Bundestag am 29. Mai 2009 kritisierten Ökonom\_innen die konjunkturelle Verträglichkeit von Schuldenbegrenzungsregeln. Namentlich sind hier u.a. zu nennen Prof. *Sebastian Dullien*, der Wirtschaftsweise Prof. *Peter Bofinger*, der ehemalige UN-Ökonom *Heiner Flassbeck*, Prof'in *Jutta Allmendinger* vom Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung sowie der *Deutsche Gewerkschaftsbund*, das *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung* (IMK) und die *Hans Böckler Stiftung*. Sie halten die sogenannte Schuldenbremse für ökonomisch unsinnig und sozial ungerecht, die Hauptargumente sind:

- Notwendige Investitionen im Sozialbereich und im Bildungsbereich („Bildungsarmut“) sowie bei der Infrastruktur werden verhindert.
- Die Finanzpolitik verliert soziale und demokratische Handlungsspielräume sowie die Möglichkeit schnell auf Krisen zu reagieren.
- Die vorgesehenen Regeln unterschätzen konjunkturelle Bewegungen. So prognostiziert das IMK (auf Basis einer Simulation bezogen auf die Jahre 2000-2007) im Falle des Inkrafttretens der so genannten Schuldenbremse einen Teufelskreis aus immer restriktiverer Haushaltspolitik und sich abschwächendem Wachstum.
- Die Schuldenbremse führt dazu, dass gegenüber den künftigen Generationen eine dramatisch schlechtere Infrastruktur vererbt wird. Die Möglichkeit, (Zukunfts-) Investitionen auch über Kredite finanzieren zu können, ist aber die Basis verantwortungsvoller und in die Zukunft schauender Fiskalpolitik.

Dem gegenüber stehen in den vergangenen Jahren Steuersenkungen und die entsprechenden Einnahmeausfälle, die mit dazu beigetragen, dass der Druck auf die öffentlichen Haushalte zugenommen hat. So wird es künftig darum gehen, die hohen und sehr hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften von Privaten wieder deutlicher für eine gerechte Sozialstaatsentwicklung heranzuziehen. Dies gilt ebenso für die Besteuerung von Unternehmen. In diesem Zusammenhang bedarf es auch einer Stärkung des Steuervollzugs. Auch dies sind wesentliche Aspekte nicht nur einer sozialen und demokratischen Zukunftspolitik, sondern auch einer klugen Haushaltskonsolidierungspolitik in wirtschaftlich guten Zeiten. Zudem schlägt das IMK einen mittelfristigen, am Trend des Wirtschaftswachstums orientierten Aus-

## **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014**

### **Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses am 07.11.2013**

Hier: Stellungnahme der LAG Lesben in NRW e.V. vom 31. Oktober 2013

---

gabenpfad vor. Es sieht vor, einen Wachstumspfad für die konjunktur-unabhängigen Staatsausgaben, etwa Personalkosten und Investitionen, vorzugeben. Dieser soll etwas unterhalb des längerfristigen Wirtschaftswachstums liegen. Die konjunkturabhängigen Ausgaben - in der Hauptsache Sozialtransfers - sollten dagegen ohne Defizitvorgaben um den Ausgabenpfad schwanken können. Die US-Regierung hat mit diesem Modell in den 1990er-Jahren erfolgreich ihren Haushalt konsolidiert.

Um Haushalte zu konsolidieren wurden in der Vergangenheit Personal- und Verwaltungskosten „eingespart“ mit dem Ergebnis, dass – um diese Zahl nur beispielhaft zu nennen - nun über zehn Prozent der Polizist\_innen in NRW dauerhaft gesundheitlich so schwer angeschlagen sind, dass sie nicht mehr voll einsetzbar sind.

Die Arbeitsverdichtung und Effizienzsteigerung hat in den vergangenen dreißig Jahren so ein Ausmaß angenommen, dass jede\_r zweite Mitarbeiter\_in in Deutschland sich von ihrem/seinem Unternehmen im Stich gelassen fühlt beim Thema Work-Life-Balance. Dem muss grundsätzlich begegnet werden mit einem Abbau der zunehmend krankmachenden Arbeitsverdichtung und Effizienzsteigerung. Bezahlte Arbeit muss auf mehr Menschen verteilt werden, deshalb begrüßen wir die Beendigung jeglichen Personalabbaus und den Einsatz von Verwaltungsassistent\_innen.

Laut den Bielefelder Studien zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* neigen Menschen, die ihre Aussichten für die Zukunft als schlechter im Vergleich zu heute beurteilen, im besonderen Maße zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Das Gefühl der sozialen Desintegration kann in seiner Konsequenz auch zum Rückzug führen. Die Bereitschaft, gesellschaftlich überhaupt teilzunehmen, kann abnehmen. Das Bestreben zur politischen Partizipation spielt dabei eine wichtige Rolle für das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wer eine geringe Ambition zur politischen Teilhabe hat, erweist sich als deutlich feindseliger gegenüber fast allen schwachen Gruppen und Minderheiten. Dies ist ein idealer Nährboden für Intoleranz, Vorurteile, Diskriminierung und letztendlich Rechtsextremismus und Rassismus. Deshalb braucht es eine Politik, die dem einzelnen Menschen und der Gesellschaft Hoffnung auf eine bessere Zukunft gibt.

Solange dies nicht der Fall ist, müssen angemessene Finanzmittel für Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus, für Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen sowie für den im Oktober 2012 verabschiedeten NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt - gegen Homophobie und Transphobie bereitgestellt werden.

Darüber hinaus regen wir an, im Kapitel 15 035 Titelgruppe 75 den Punkt: Zustiftung an die ARCUS-Stiftung – ohne Ansatz – aufzunehmen, damit eventuelle Restmittel an diese gestiftet werden können (analog zu Kapitel 15 080, Kennziffer 698 64 Zustiftung an Deutsche AIDS-Stiftung).